Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 30

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

In der Sowjetunion sind die medizinischen Fakultäten an den Universitäten aufgehoben und durch eigene medizinische Universitäten oder Hochschulen ersetzt worden. Auch in den Volksdemokratien gibt es immer häufiger Akademien oder Institute für die medizinischen Berufe (einschliesslich Apotheker).

Das Studium (einschliesslich klinischer Praxis) beträgt in der Regel sechs Jahre. Die Zahl der Aerzte ist in den letzten Jahren nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gestiegen. Auf 10 000 Einwohner zählt man in der Sowjetunion heute bald 18 Aerzte, in Ungarn 15, in der CSSR nahezu 19. Völlig ungenügend ist die Aerztezahl lediglich in der deutschen Sowjetzone (8/10 000), weil bis zur hermetischen Abriegelung in Berlin vor einem Jahr besonders viele Vertreter dieses Berufsstandes «mit den Füssen stimmten».

Schlecht aber steht es mit der Verteilung der Aerzte. Das gilt für die kommunistischen Staaten im allgemeinen, am extremsten aber für Polen. In Warschau entfallen auf einen Arzt 3000 bis 3500 Personen, in grösseren Städten 10 000, in kleineren Städten und auf dem Land sogar 20 000 bis 30 000 Einwohner.

Aber neben diesen reinen Zahlen fallen noch andere Tatsachen ins Gewicht, welche die Lage verschlechtern. Zwei Aspekte verdienen hier besondere Beachtung:

Bürokratie und Raummangel

Die Zeit, die der Angestellte im öffentlichen Gesundheitswesen damit verbringt, Scheine und Formulare auszufüllen, Kontrollen administrativer Art durchzuführen usw. übertrifft die Zeit, die er für seine eigentliche Berufstätigkeit aufwenden kann. Dazu kommt noch die «gesellschaftliche Tätigkeit» im Sinne der Partei wie bei andern Berufen auch. Der einzelne Patient kann in der Regel nicht genügend betreut werden.

Völlig ungenügend aber sind die Spitalverhältnisse. Zunächst gibt es noch zuwenig Krankenhäuser, die auch meistens überfüllt sind (auf 10 000 Einwohner gibt es in der relativ gut dotierten Russischen Föderation 80 Spitalbetten, in Ungarn 70, in Polen 45, in der CSSR wiederum etwa 80). Es ist dabei daran zu denken, dass Heimpflege im nötigen Rahmen kaum möglich ist.

Schlecht bestellt ist es zudem oft mit den Einrichtungen, namentlich in verschiedenen Republiken der Sowjetunion. In Kasachstan sind die Spitäler «schlecht, eng und mangelhaft eingerichtet», in Armenien sind die Kindersanatorien in solchem Zustand, «dass sich die Eltern weigern, ihre Kinder dort pflegen zu lassen». Diese und ähnliche Zeugnisse sind der Landespresse zu entnehmen. Dass diesbezüglich Fortschritte erzielt werden, trifft generell zu; sie sind aber auch bitter nötig.

«Feldschere»

Der Begriff des Feldschers, nach unserm Sprachgebrauch ein Militärkrankenpfleger vergangener Zeiten, ist in den kommunistischen Staaten durchaus aktuell. Es handelt sich um einen Arztgehilfen mit Mittelschulbildung, der in der Sowjetunion (in den Volksdemokratien bestehen ähnliche Regelungen) nach dreijähriger praktischer Arbeit selbständig ärztliche Behandlungen durchführen kann (innerhalb eines gesetzlich festgelegten Rahmens). Der Feldscher ist häufig «Betriebsarzt» kleinerer Firmen oder Leiter der Zentren für ambulante Pflege, die es sowohl in den einzelnen Stadtbezirken als auch grösseren Betrieben und Fabriken gibt.

Die ideologische Schulung

wird bei den Aerzten sowenig vernachlässigt wie bei den andern Intellektuellen. Marxismus-Leninismus ist an den medizinischen Hochschulen ein Hauptfach, das im Staatsexamen von entscheidender Bedeutung ist. Der Beschluss einer Aerztekonferenz in Ungarn vor einem Jahr lautete bezeichnenderweise: «Der Arzt hat seine Patienten politisch zu beeinflussen; er muss politischer Agitator sein.»

Die kommunistischen Länder, von der DDR im Westen bis Nord-Korea im Osten, haben eine grossangelegte Kampagne gestartet, um der Tbc zu Leibe zu rücken.

Auf einer kürzlich in Weimar abgehaltenen Konferenz wurden gemeinsame Schritte besprochen.

Unter anderem wurde beschlossen, dass jedes Land 10 bis 12 Prozent des für das Gesundheitswesen vorhandenen Budgets für diesen Zweck bereitstellen solle.

Wie die amtliche polnische Nachrichtenagentur PAP bekanntgab, sieht der Plan die Isolierung der chronischen Fälle, die Schaffung eines Netzes von Behandlungsstätten, die Eingliederung der Geheilten in das normale Leben, Impfung von Säuglingen, die Gewährung von Unterstützungen für Arbeitsunfähige und die Eliminierung von Infektionsquellen, vor allem der Tbc bei Rindern, die immer noch ein grosses Problem darstellt, vor.

Im Jahre 1960 gab es in Polen 61 907 Krankenschwestern. Bis Ende 1965 werden es laut Plan deren 74 280 sein. Benötigt wurden aber 80 900. Angesichts der ungenügenden Anzahl von Krankenschwestern müsste man ihnen entsprechende Lebensbedingungen gewähren, damit sie Lust hätten diesen Beruf zu ergreifen. Die Lebensbedingungen der Krankenschwestern sind nämlich oft sehr schwer.

Die Hauptsektion für Krankenschwestern der Oberverwaltung des Gewerkschaftsbundes für Gesundheitsarbeiter organisierte vor kurzem eine Rundfrage, an welcher 12 222 Krankenschwestern (20 Prozent der Gesamtzahl) teilnahmen. Die Umfrage betraf vor allem die Wohnungsverhältnisse der Krankenschwestern. Die Befragung zeigt folgende Resultate:

36 Prozent der Krankenschwestern wohnen in den Diensträumlichkeiten. 14 Prozent von dieser Gruppe haben Räumlichkeiten ohne fliessendes Wasser, 18 Prozent wohnen in Räumen, welche keine Kanalisation haben, 0,7 Prozent haben kein elektrisches Licht, 48 Prozent keine Küche. Die in Diensträumlichkeiten untergebrachten Krankenschwestern wohnen in überfüllten Zimmern.

21 Prozent der befragten Krankenschwestern wohnen als Untermieterinnen in möblierten Zimmern. Oft steht ihnen aber nur ein Bett in einem von mehreren Personen bewohnten Zimmer zur Verfügung. In Warschau zahlt man für ein Bett in einem gemeinsamen Zimmer 300 Zloty pro Monat. In Kielce 100 bis 150 Zloty, in Warschau beläuft sich der Zins eines möblierten Zimmers auf 700 Zloty pro Monat.

Landwirtschaft

UdSSR

Produktionsumstellung

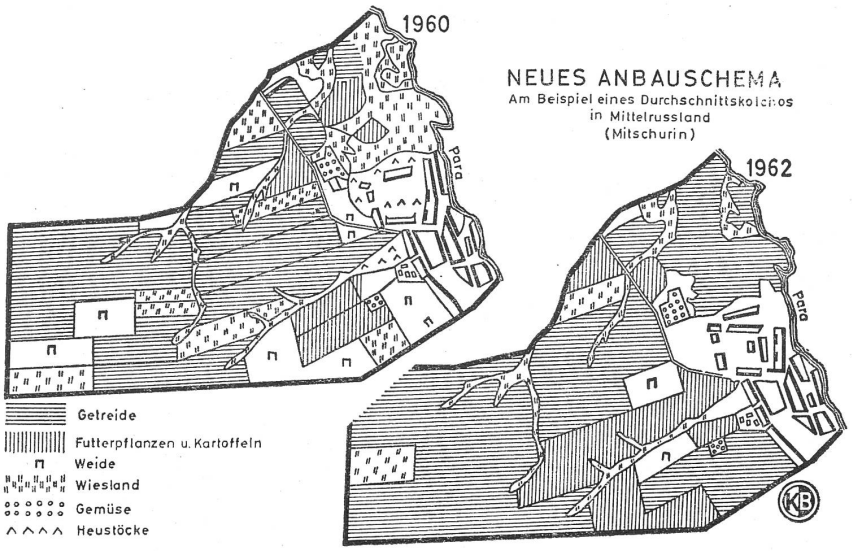
Die Reorganisation der sowjetischen Landwirtschaft, wie sie diesen Frühling Wirklichkeit wurde (vgl. KB Nrn. 14, 16/17 und 26) bildet nur einen Teil der neuesten Agrarpolitik Chruschtschews. Neben der umfassenden Neuordnung administrativer Art, neben den sich ständig der Vollverstaatlichung weiter annähernden neuen Formen der Bewirtschaftung (z. B. vom Kolchos zum Grosskolchos oder zum Sowchos = Staatsgut) ist es in den letzten Jahren auch zu einer Umstellung in der Produktion gekommen.

Diese Neuorientierung muss sich selbstverständlich den lokalen Gegebenheiten anpassen, und kann nicht auf die gleiche Weise für das gesamte Unionsgebiet verbindlich geregelt werden wie administrative Massnahmen. Dennoch hat sie in den letzten Jahren das Gesicht der sowjetischen Güter zum Teil ebenfalls beträchtlich verändert.

Im Mittelpunkt dieser Bemühungen, die ein ganz besonderes Anliegen des Ersten Parteisekretärs darstellen, steht die intensivere Bebauung des Bodens. Extensive Bewirtschaftungsmethoden, wie Zweifelderwirtschaft oder Viehzucht, Viehzucht auf Weidegrundlage, werden von Chruschtschew als veraltete Praxis bekämpft, wenn sie auch immer noch ihre starke Anhängerschaft haben. Ziel der neuen Agrarpolitik ist es, aus der Bodenfläche ein Maximum herauszuholen. So sollen etwa Weideplätze durch regelmässig geerntete Wiesen für Futtergras ersetzt werden, und diese wiederum sollten Aeckern mit ergiebigeren Futterpflanzen Platz machen. Die Umstellung bedingt wiederum die Einführung neuer Pflanzensorten (Chruschtschew will unter anderm viel mehr Futtermais und Futterrüben angepflanzt haben), was eine reichhaltigere aber auch kompliziertere Landwirtschaftsführung zur Folge hat. Entsprechende Prinzipien gelten nicht nur für Futtermittel, sondern auch für die Nahrungsmittelbeschaffung.

Unsere Darstellung aus dem zentralen Landwirtschaftsorgan «Sjelskaja Schisn» (23. Juni) zeigt diese Umstellung anhand eines konkreten Beispiels aus Mittelrussland (der Kolchos trägt den Namen der Stadt Mitschurin). Innerhalb von zwei Jahren ist die Weide- und Grasfläche zugunsten von neuen Aeckern stark zurückgegangen. Die Fläche für Getreideanbau ist von 2596 auf 3370 Hektaren gestiegen, diejenige für die Anpflanzung von Futtermitteln von 668 auf 1150 Hektaren. Verschwunden sind auch die riesigen offen daliegenden Heustöcke beim Kolchosdorf; sie werden vermutlich Silos und Schobern Platz gemacht haben. Der Kolchos produziert heute Winterroggen, Winter- und Sommerweizen, Mais und Futtermais, Gerste, Hafer, Buschweizen, Hülsenfrüchte verschiedener Art (Sojabohnen), Kartoffeln, Zukkerrüben, Flachs, Gemüse «und anderes». Die Frage erhebt sich: Kann eine solche Umstellung anders als positiv gewertet werden? Die Vorteile liegen auf der Hand: Mehr und reichhaltigerer Ertrag auf gleicher Bodenfläche. Die Produktion ist grösser...

... Wenn alles klappt. Die Nachteile liegen unter anderm an den vielen Voraus-



setzungen, die es für die intensive Bewirtschaftung braucht. Mehr qualifizierte Arbeitskräfte, mehr Maschinen, Ersatzteile und Brennstoff, mehr Bauten und Einrichtungen. Wird die Umstellung befehlsmässig forciert ohne dass gleichzeitig die Voraussetzungen dafür genügend berücksichtigt werden, so muss es notgedrungen zu den grösseren Versagern kommen, von denen im ganzen Unionsgebiet immer wieder berichtet wird. Bezeichnenderweise musste etwa die Partei diesen Sommer einen Aufruf an die Bauern der frisch erschlossenen Neulandgebiete in Kasachstan (wo es in den letzten drei Jahren immer zu schlechten Ernteergebnissen kam) richten, in welcher die Weisungen bezüglich Pflege von Maschinen, Anlagen und Einrichtungen einen gewaltigen Raum einnahmen.

Eine Frage für sich ist die Rentabilität. Es leuchtet ein, dass es weniger Geld kostet, das Vieh auf der Weide zu hüten als hochwertige Futterpflanzen heranzuzüchten und zu verwerten. Wenn die eingesetzten Mittel nicht maximal ausgenützt werden, so sind sie nicht rentabel. Und sie werden im ganzen Unionsgebiet kaum irgendwo maximal ausgenützt (was unter anderm mit dem mangelnden Interesse der Kollektivbauern zusammenhängt, die nicht für sich, sondern für den Staat arbeiten).

So kommt es, dass Chruschtschews Neuerungen auch bei Fachleuten zum Teil auf passiven Widerstand stossen, der durch das konservative Beharrungsvermögen der Landbevölkerung allein nicht genügend erklärt wird. Zur Propagierung und Durchführung der umgestalteten Bewirtschaftungsmethoden setzt die Partei namentlich die Agrarinstitute und Landwirtschaftsschulen ein, ferner in hohem Masse die Jugendbrigaden des Komsomols (Kommunistische Jugendorganisation).

Bei der Frage nach der Güte dieser Neuerungen geht es also nicht nur um die (einleuchtende) Theorie, sondern auch um die (grossteils unbefriedigende) Praxis.

Die prekäre Versorgungsgrundlage allerdings lässt es begreiflich erscheinen, dass Chruschtschew seinen Plan auch gegen vernünftig wirkende Argumente beschleunigt durchsetzen will. Von den Schwierigkeiten zeugen unter anderm die kürzlichen massiven Preiserhöhungen für Lebensmittel.

Erziehung

Technischer Unterricht

Allerneueste sowjetische Projekte lassen erkennen, dass die vor vier Jahren in Kraft gesetzte Schulreform in einigen wichtigen Punkten noch Zukunftsmusik ist. In unserm Falle gilt dies für den vorgesehenen technischen Berufsunterricht auf der untern Mittelschulstufe. Er ist in seiner angestrebten Form dort noch immer nicht verwirklicht, wo er nicht der Produktion in den Betrieben angegliedert werden kann.

Auf Diskrepanzen zwischen der theoretischen und der praktischen Schulstruktur in der Sowjetunion (mit weitgehenden Entsprechungen in den Satellitenstaaten) haben wir schon mehrfach verwiesen (namentlich KB Nrn. 19 und 21). Sie sind von verschiedener Art und haben auch verschiedene Ursachen, sind aber auffällig oft mit den Mängeln der Bauprogramme verbunden. Raumnot, Fehlen von geeignetem Arbeitsmaterial und davon abhängige Erscheinungen gehören zu den stärksten Hemmnissen bei der Durchführung der Schulreform von 1958. Es sind schwerwiegende Mängel, aber — was im Westen zu beachten ist — prinzipiell korrigierbare Mängel. Die Ansicht, das kommunistische System sei ausserstande, ein gut funktionierendes Schulwesen aufzubauen, folgert aus den Planverzögerungen nicht. Zutreffend ist vielmehr, dass die Fortschritte zwar nicht so gigantisch sind, wie sie sich auf den Parteiprogrammen ausnehmen, aber immerhin imposant genug (vgl. KB Nr. 19, S. 5).

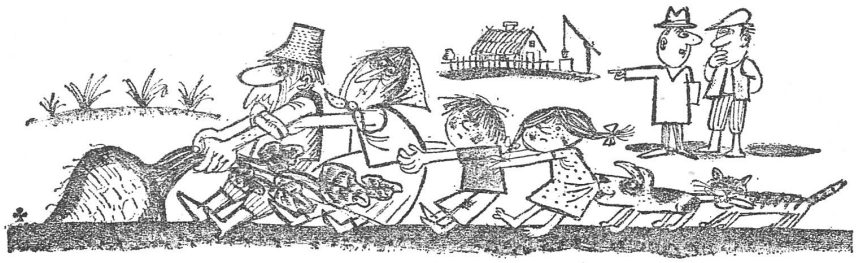
Das gilt auch für die fachtechnische Ausbildung, die nach Programm unmittelbar nach der obligatorischen Primarschule verwirklicht werden sollte. Die Reform mit ihrem Schwergewicht auf dem «polytechnischen Unterricht» (Betonung der praktisch-technischen Bildung) sollte — wenigstens für landwirtschaftliche und technische Mittelschulen — für eine vollständige Berufsausbildung von Facharbeitern sorgen. Sie würde auch in den letzten drei Jahren der sogenannten «Elfjahresschule» die Regel bilden. Obligatorischer Grundschulunterricht besteht eigentlich nur während acht (vor 1958 sieben) Jahren, aber nach der Formel «8 + 3» wird der Standardtyp der Mittelschule (vielleicht eher unserer Sekundarschule vergleichbar) gewöhnlich im allgemeinen Schulprogramm mit einbezogen.

Für die Schüler der 9. bis 11. Klasse besteht nun die praktische Ausbildung (die schon zuvor in den Grundlagen einsetzte), aus einem bestimmten Prozentsatz an «Produktionsarbeit» innerhalb der Schultätigkeit. Zur Ausführung dieses Vorhabens bedarf es nun entsprechend eingerichteter Arbeitsstätten. Das Problem ist dort einigermassen gelöst, wo die Schüler in einem lokalen Betrieb einen Teil ihrer Ausbildungszeit mehr oder weniger als Lehrlinge verbringen können. Wo es das nicht — oder zum mindesten nicht für die gängigsten Berufszweige — gibt, braucht es Lehrwerkstätten.

An solchen fehlt es nun weitgehend. Behelfsmässig eingerichtete Handfertigkeitsräume können die Berufsausbildung natürlich nicht gewährleisten. So kommt es, dass die Schulreform zu ihrer Verwirklichung in diesem Punkt von der Industrialisierung der einzelnen Gebiete (in Grossstädten auch der Quartiere) abhängig ist.

So kommt es, dass unsere Skizze einer gut eingerichteten Lehr- und Schulwerkstätte immer noch Projekt ist. Sie erschien am 28. Juni dieses Jahres in der pädagogischen Fachzeitung «Utschitjelskaja Gasjeta» (Moskau). Es handelt sich um einen Prototyp, der von der Regierung der Russischen Föderation (RSFSR) ausgearbeitet wurde. Die Werkstätte würde einigen Schulen gemeinsam dienen (eine sogenannte «Zwischenschulwerkstätte»). Auf den 72 Arbeitsplätzen würden die Schüler der 8. bis 11. Klasse im Zweischichtenbetrieb arbeiten.

Vier Hauptgrössen dieser Werkstätten sind vorgesehen: für 36, 72 (unser Beispiel), 108 und 216 Arbeitsplätze. Für jeden Typ gibt es drei Varianten von zweistöckigen Häusern, die nach den verschiedenen Berufsabteilungen gegliedert sind. Die Einrichtung soll zugleich auch Nutzarbeit für die



«Mechanisierung der Landwirtschaft» aus der Sicht eines polnischen Karakaturisten («Szpilki», Nr. 21).

Produktion ermöglichen, wenigstens im Rahmen von kleineren Aufträgen aus Betrieben oder Handelsorganisationen der Wirtschaftsbezirke. Ausser den Arbeits- und Abstellräumen enthalten diese Bauten noch Buffet, Sanitätszimmer und Theoriesäle. Als erstes Projekt der verschiedenen Typen wird dieses Jahr der Plan für die Werkstätte zu 72 Arbeitsplätzen ausgearbeitet.

Selbstverständlich erhält der Staat mit solchen Ausbildungszentren eine erhöhte Möglichkeit zur Lenkung der Berufswahl. Oder, wie es in der Formulierung der «Utschitjeskaja Gasjeta» heisst: «Das Ministerium für Volksbildung der RSFSR berücksichtigt die Bedürfnisse der Volkswirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften auf den verschiedenen Gebieten.»

Mehr als ein Sechstel der rumänischen Bevölkerung sass während des Schuljahres 1961 bis 1962 auf den Schulbänken bzw. in den Hörsälen. Allein die 15 638 Schulen für Allgemeinbildung wurden von 2,8 Millionen Schülern besucht, das sind 1,2 Millionen mehr als im Schuljahr 1938 bis 1939. Die Zahl derjenigen, die Berufs- und technische Schulen besuchen, stieg ebenfalls. 223 890 Schüler besuchten die 930 Berufsschulen, um zu Facharbeitern, Technikern und Meistern ausgebildet zu werden.

Die Anzahl der Hochschulen hat sich im Vergleich zum Hochschuljahr 1938 bis 1939 verfünffacht: gab es damals 33 Fakultäten mit 26 489 Studenten, so besuchten in diesem Jahr 83 749 Studenten die 151 Fakultäten des Landes, in denen Fachkader für sämtliche Zweige der Volkswirtschaft ausgebildet werden. («Neuer Weg», Bukarest)

Im Zusammenhang mit der Berufswahl der Maturanden wurde in «Glos Pracy», Warschau, ein langer Artikel veröffentlicht. Das Forschungszentrum der Hauptverwaltung des Gewerkschaftsbundes der Werktätigen der Textil- und Lederindustrie organisierte eine Umfrage bei den jungen Ingenieuren der Textilindustrie. Fragebögen wurden für 100 junge Ingenieure erlassen; 81 von ihnen haben Antwort gegeben. Wichtigere Resultate der Rundbefragung waren folgende:

Von den 81 Ingenieuren arbeiteten 49 schon vor Beginn ihrer Hochschulstudien in der Textilindustrie. Beinahe 50 Prozent von ihnen erarbeiten ihr Diplom als Werkstudenten. Nach Abschluss ihrer Studien wechselten 85 Prozent ihre Arbeitsstelle. Diese erhielten dann auch bessere Einteilung und besseren Lohn.

Von den jungen Ingenieuren sind 13 als Abteilungschef, 11 als Meister, 5 als technische Stellvertreter des Betriebsdirektors, 3 als Ober-Energetiker und 1 als Betriebsdirektor tätig. Es ist charakteristisch, dass es unter den 81 Befragten 20 Frauen gab; keine von ihnen erhielt aber eine verantwortliche Stelle. Mehr als 90 Prozent der Frauen arbeiten in Laboratorien oder in Hilfsabteilungen.

Ausbeutung

SBZ

Instrument Gewerkschaft

Der sowjetzonale «Freie Deutsche Gewerkschaftsbund» (FDGB) machte die sogenannte «Arbeiterkontrolle» zu einem rein staatlichen Hilfsorgan.

Mit neuen «Grundsätzen zur strafferen und systematischeren Organisation der gewerkschaftlichen Kontrolltätigkeit» hat das Präsidium des Bundesvorstandes des FDGB die sogenannte Gewerkschaftskontrolle zum integrierenden Bestandteil der «unter Führung der SED koordinierten gesellschaftlichen Kontrolle» gemacht. Die neuen «Grundsätze» sollen die «Bedeutung der Gewerkschaftskontrolle für die Erziehung der Werktätigen zum staatsbewussten Denken und Handeln» unterstreichen.

Die Kontrolltätigkeit soll sich erstrecken auf

— die allseitige Erfüllung der Planaufgaben;

— die Steigerung der Arbeitsproduktivität;

— die Herstellung des planmässigen Verhältnisses der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des Durchschnittslohnes!

— die Arbeit nach Bestwerten;

— die wissenschaftliche Normenarbeit;

— die Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips in der Entlöhnung;

— die strikte Einhaltung des Sparsamkeitsprinzips;

— die hohe Rentabilität der sozialistischen Betriebe.

Der FDGB-Beschluss schreibt vor, dass die «gewählten und mit Ausweis versehenen Arbeiterkontrolleure» nach «Schwerpunkten» eingesetzt werden.

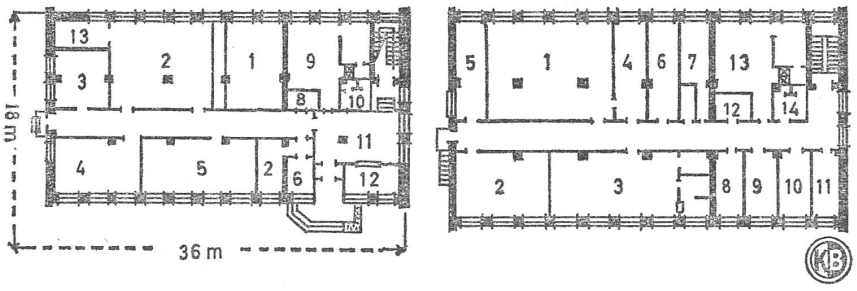
In der Konsumgüterproduktion sollen sie darauf achten, dass alle Reserven an Material und Maschinenkapazitäten aufgedeckt und genutzt werden, dass Lieferverträge zwischen Produktion und Handel eingehalten und die Gütebestimmungen für Fertigerzeugnisse nicht verletzt werden. In der landwirtschaftlichen Marktproduktion erstreckt sich die Kontrolle auf den rechtzeitigen Abschluss und die Einhaltung der Verträge der Erfassungsorgane mit den landwirtschaftlichen Betrieben und auf die strikte Einhaltung der vorgeschriebenen Anbaupläne.

Im Bereich Bau- und Wohnungswesen gehören termin- und qualitätsgerechte Bauausführung und sorgsamer Umgang mit Bau- und Ausbaumaterialien zu den Kontrollaufgaben. Im Gross- und Einzelhandel müssen die Kontrolleure der Gewerkschaften über den sorgsamen Umgang mit den anvertrauten Waren, über ein hohes Niveau der Verkaufskultur und über strikte Einhaltung der Preise wachen, in den Gaststätten über das kulturelle Niveau in den Räumen und über die Zubereitung qualitativ hochwertiger Speisen, die der Gesunderhaltung der Werktätigen dienen.

Damit die «Arbeiterkontrolleure» die ihnen übertragenen Aufgaben nach den Vorstellungen des FDGB erfüllen können, wird im Beschluss verbindlich vorgeschrieben, dass sie von den Kreisvorständen «planmässig politisch und fachlich qualifiziert» werden. Der FDGB verlangt, dass «mehr Frauen und Jugendliche sowie weitere Werktätige» für die Kontrollarbeit gewonnen werden.

Die «Arbeiterkontrolleure» können, wie in dem FDGB-Beschluss gesagt wird, zur Durchführung von Kontrollen nach Schwerpunkten unter Leitung der Staatsorgane eingesetzt werden. Dazu sollen zwischen den Gewerkschaftsleitungen und den Staatsorganen Vereinbarungen getroffen werden, denenzufolge die «Arbeiterkontrolleure als Helfer der Staatsorgane» tätig werden.

PROJEKT EINER LEHR-u. SCHULWERKSTÄTTE IN MOSKAU



Diese Werkstätte dient der Ausbildung für Präzisionsmechanik, Radiotechnik und für Reparaturen von Kontroll-Messegeräten. Links auf der Skizze ist das Parterre (Fachabteilung), und rechts das obere Stockwerk (allgemeine Abteilung). Die Ziffern bezeichnen folgende Räumlichkeiten:

Abteilung: 1. Radiotechnische Instrumente, 2. Werkbank, 3. Manometer und Pyrometer, 4. Aggregate, 5. Elektromessgeräte, 6. Laugen, 7. Akkumulatoren, 8. Elektro-Apparate.

9., 10. und 11. Aufenthalts- und Waschräume, 13. Ventilationskammer.

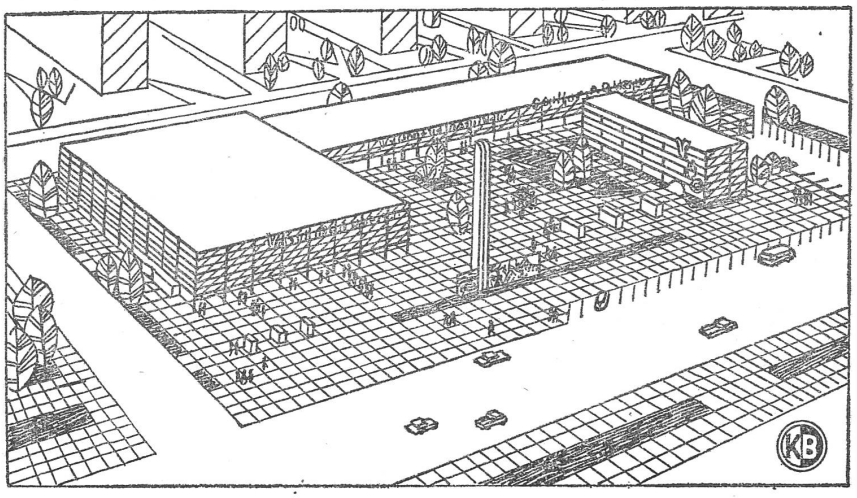
1. Näh-Abteilung, 2. Aula, 3. Buffet, 4. Glättezimmer, 5. Materiallager, 6. Lager für Fertigprodukte, 7. Abstellraum für Werkzeuge, 8. Sanitätszimmer, 9. Kanzlei, 10. Werkmeister-Büro, 11. Büro des Werkstättenchefs, 12 und 14. Vorratsräume, 13. Aufenthaltsraum.

Bevölkerung

UdSSR

Sibirien retour

Sibirien ist für seinen Bevölkerungszuwachs noch immer auf den Geburtenüberschuss angewiesen, weil trotz der umfangreichen Besiedlungsaktionen des Regimes in den letzten Jahren die Abwanderung noch grösser war als die Zuwanderung mit oder ohne Nachhilfe. Das ist keine westliche Spekulation, sondern eine (wenn auch nicht mit Zahlen erhärtete) Erklärung der Moskauer Wirtschaftszeitschrift «Woprossi Ekonomiki» (Nr. 5, 1962). Die Verteilung der Arbeitskräfte in den einzelnen Gebieten der Sowjetunion ist sehr unregelmässig, weil ein jeder womöglich in den besser entwickelten Westgebieten einen Arbeitsplatz finden will. Aus diesem Grund stehen zum Beispiel in Kasachstan sowie in West- und Ostsibirien



Planung

Sowjetunion

Im Osten etwas Neues

Das erste Einkaufzentrum der Sowjetunion wird in Wolgograd (früher Stalingrad) zu stehen kommen und wird nicht nur kapitalistische Ausmasse, sondern auch eine kapitalistische Bauweise erhalten, wie dem hier nachgezeichneten Ansichtskroki der «Sowjetskaja Torgowlija» (Moskau), vom 21. Juni zu entnehmen ist. Es wird aus vorfabrizierten Betonplatten, Glas (das grosse Flächen einnehmen soll), Aluminium und synthetischen Baumaterialien errichtet. In allen Geschäften, Speiselokalen, Ateliers und Werkstätten zusammen werden an die 10 000 Personen auf einmal bedienen können. Das Projekt ist ohne Angabe über den Baubeginn genehmigt worden.

zu wenig Arbeitskräfte zur Verfügung, wogegen in Weissrussland, im Transkaukasus, in der West-Ukraine und der Moldau ein Ueberschuss zu verzeichnen ist. In den vergangenen fünf Jahren (1956/1960) wurden 700 000 Personen (Familienmitglieder inbegriffen) in Sibirien angesiedelt, wozu noch die fast gleich hohe Zahl jener Siedler hinzuzurechnen ist, die sich ausser der Siedlungsaktion dort niedergelassen haben. Das alles bedeutet aber noch keinen effektiven Zuwachs der Bevölkerung, denn infolge der primitiven sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Gebiete, war die gleichzeitige Abwanderung grösser als die Zuwanderung.

Satire

Ungarn

«Heureka»

Unter diesem Titel schreibt die ungarische Humorzeitschrift «Ludas Matyi» (von der wir auch unsere Karikatur auf S. 8 haben): «Ich glaube, den Grund dafür gefunden zu haben, warum wir keine aufregenden, abenteuerlichen Kriminalfilme herstellen. Unsere künstlerischen Ambitionen bewegen sich nämlich im Rahmen der Wirklichkeit, und es wäre unmöglich, die Verbrecherjagden, die in derartigen Filmen vorkommen müssen, bei uns glaubhaft und real darzustellen.

In jedem Abenteuerfilm gibt es bekanntlich eine gewisse Verfolgungsszene, die daraus besteht, dass sich der Verbrecher in sein Auto wirft, während der ihn verfolgende Detektiv oder eventuell Journalist ein gerade vorüberfahrendes Taxi heranwinkt, mit dem er die Verfolgung aufnimmt. Wie soll man in einem ungarischen Film eine derartige Situation wirklichkeitsgetreu darstellen?

Der Verfolger blickt blitzschnell um sich, um ein Taxi heranzuwinken, er sieht jedoch im weiten Umkreis keines. Unverzüglich stürzt er zu einem nahen Telephonautomaten, um ein Taxi zu bestellen — der Automat aber schluckt die Telephonmarke und stellt keine Verbindung her. Der Verfolger lässt sich nicht entmutigen. Mit einem Sprung ist er im nächsten Tabakladen, um eine andere Telephonmarke zu kaufen — der Inhaber aber verkauft keine. Im nächsten Laden findet er zwar eine Telephonmarke und auch ein Telephon, er muss aber warten bis die Dame, die eben spricht, ihr Gespräch beendet hat. Dann wählt er die Nummer 22-22-22 (Taxizentrale). Er wird nicht verbunden, weil gerade Spitzenverkehrszeit ist. Der Verfolger gibt aber noch immer nicht auf. Er hat Geduld und wartet, bis sich die Zentrale meldet. Dort teilt ihm das Fräulein mit, dass sie ein Taxi nur aus Soroksar herbeordern könnte, weil näher keines aufzutreiben ist. Der Verfolger bedankt sich, rennt auf die Strasse zurück und denkt sich etwas aus. Er stoppt das erste vorbeifahrende Auto und bittet den Fahrer, mit ihm die Verfolgung des Verbrechers aufzunehmen. Der Fahrer wäre gerne dazu bereit, stellt jedoch die Bedingung, zuerst in die Autozentrale zu fahren um den Namen des Verfolgers in sein Fahrtenbuch eintragen zu lassen. Damit ginge aber zuviel Zeit verloren. Darum beschliesst der Verfolger, einen Autobus zu benützen. Die Autobushaltestelle wurde jedoch verlegt und wie er sie endlich finden kann und es ihm gelingt, sich in den Autobus hineinzudrängen, fährt dieser nicht an, da im Innern gerade ein Disput in Gang ist. Ein Herr mittleren Alters ist nämlich bei jener Tür eingestiegen, die für das Aussteigen bestimmt ist.

Jetzt verstehe ich, warum es bei uns keine aufregenden Kriminalfilme gibt. Warum aber macht man eigentlich keine guten Lustspiel-Filme?»

Wissenschaft

Leninistische Kernspaltung

Ein ungarischer Physiker wird von jetzt an ein im Parteisinne philosophisches Dreijahresstudium mit abschliessendem Examen absolvieren müssen, wenn er den Titel eines «Kandidaten der Wissenschaften» erlangen will.

Ueber das ideologische Désinteressement der Kernphysiker (am Institut KFKI mit Atomreaktor) und der vorgesehenen Remedur berichtet das Budapester KP-Blatt «Nepszabadsag»: «Auch die ideologische Bildung der Wissenschafter und Forscher wurde der Arbeit des Institutes angepasst. Die Gelehrten lehnen es ab, längere Kursseminare von Phliosophie mitzumachen, weil sie dadurch ihre eigene wissenschaftliche Tätigkeit vernachlässigen müssen (sie behaupten es wenigstens). Das Parteikomitee führte nun für die Gelehrten und wissenschaftlichen Forscher ein Dreijahres-Seminar für Philosophie ein. Nach der Beendigung dieses Seminars müssen die Teilnehmer ein Examen ablegen und dieses Examen gilt dann als eines der Examina zur Erlangung des Titels eines ‚Kandidaten der Wissenschaften'».

Mehr als 30 Parteilose arbeiten im Institut. Diese wurden aufgefordert, ihre Kritik über die Tätigkeit der Parteiorganisation abzugeben. Diese Initiative erwies sich als sehr günstig, denn die Pareilosen sehen das Interesse der Partei für sie.

Aussenhandel

Wildbret für Kapitalisten

Die Jagd ist nicht nur ein Sport, sondern auch ein wichtiger Produktionszweig der ungarischen Wirtschaft, der jährlich bedeutende Gewinne abwirft. In der letzten Jagdsaison wurden rund 1 Million Hasen erlegt bzw. lebend gefangen. Ferner wurden 170 000 Fasane geschossen und etwa 28 000 lebend gefangen, sowie zirka 100 000 Rebhühner geschossen und etwa 80 000 gefangen.

Kleinwildexport		1960/61	1961/62
lebende Hasen	Stück	38 000	55 000
lebende Fasane	»	7 500	18 000
lebende Rebhühner	»	7 500	35 000
erlegte Hasen	»	773 000	870 000
erlegte Fasane	»	19 500	24 000

Der Export von erlegtem Grosswild erhöhte sich von 110 000 kg im Jahr 1958/1959 auf rund 200 000 kg im Jahr 1959/1960.

Der Valutaertrag für einen lebenden Hasen entspricht etwa dem Exportwert von 25 kg Ia-Rindfleisch oder 20 kg Mastgeflügel, oder 18 kg Butter, oder 400 Eiern. Der Ertrag aus dem Export von lebendem Klein- oder Grosswild betrug im Jahr 1961/1962 fast 18 Millionen Devisenforint. Ein stetig an Bedeutung gewinnender Posten sind jene Valuten, die von den ausländischen Jagdgästen hereingebracht werden. Die Zahl der ausländischen Jagdgäste hat sich seit 1958 nahezu verdreifacht. Es kommen immer mehr Jagdgäste aus England, Belgien, Brasilien, Dänemark, Aegypten, Frankreich, Norwegen, Westdeutschland, Italien, Oesterreich und Schweden nach Ungarn.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 25. Juli 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

«Und jetzt noch eine Frage, Genosse Betriebsdirektor: Wieviel Stück Schrauben produziert ihr Betrieb denn gegenwärtig im Tag?»
«Keine Ahnung!»
(«Ludas Matyi», ungarische satirische Wochenschrift, 5. Juli 1962.)

Der Schnappschuss

Laszlo Koncsek (siehe KB Nr. 29) hat im Budapester Parteiorgan «Nepszabadsag» den zweiten Teil seiner «Schweizerischen Reisenotizen» veröffentlicht. Er ist vornehmlich der Frage der ausländischen Arbeiter gewidmet und enthält zur Abwechslung unter anderm einige zutreffende Beobachtungen, die allerdings in verzerrender Weise verallgemeinert werden.

*

In den Lenin-Werken (früher Skodawerke) von Pilsen kann man sich auf die Betriebsuhren nicht mehr verlassen. Laut Radio Pilsen (Plzen) gehören das Zuspätkommen und das vorzeitige Verlassen des Arbeitsplatzes vor Arbeitsschluss zum «täglichen Sport» der Arbeiter dieses Werkes. Radio Pilsen verurteilte diese «ungesunde Einstellung» der Werktätigen, durch die dem Staat finanzielle Verluste entstünden.

Eine Stichprobe, die im Werk durchgeführt worden war, habe ausserdem gezeigt, dass sich viele Arbeiter an Stellen versteckten, von denen sie annehmen, dass niemand vorbeikomme, anstatt sich um ihre Maschinen zu kümmern.

Das sei aber noch nicht alles. «Einige junge Arbeiter haben ihre Erfindungsgabe an wirklich ungeeigneten Objekten ausprobiert — an den Betriebsuhren nämlich», hiess es weiter. «Und so kommt es, dass ausserdem am Ende einer Schicht auch noch manche Kontrolluhren einige Minuten vorgehen.»

*

Ungarn droht mit Gegenmassnahmen auf die stärker werdende EWG: «Unsere Beziehungen zu den Ländern des Gemeinsamen Marktes können natürlich durch die steigende Diskriminierung wesentlich beeinflusst werden. Und wenn sich die Handelsbedingungen mit diesen Ländern weiter verschlechtern, werden auch von unserer Seite sicherlich entsprechende Zollmassnahmen notwendig sein.»

*

Nach einer Mitteilung des Generalsekretärs der Akademie für Wissenschaften, Prof. Fjodorow, wird in der UdSSR ein neues Verfahren zur Stromerzeugung entwickelt. Es handelt sich um die Stromgewinnung aus Gas in einem hydrodynamischen Magnetverfahren, worunter die Einführung von Gas bei hohem Druck und hoher Temperatur in ein Magnetfeld zu verstehen ist. Während der Nutzkoeffizient moderner Turbinen bei 30 Prozent liegt, beträgt er beim hydrodynamischen Magnetverfahren 60 Prozent.

BRIEFE

Wo sind die Nazis?

Dürfte ich Sie höflichst bitten, mir Ihre Zeitschrift nicht mehr zuzustellen. 1. Ihre Zeitschrift bringt nur die negativen Seiten der Oststaaten. 2. Ihre Zeitung macht sich indirekt zum Sprachrohr der westdeutschen Nazikriegsverbrecher und Revanchisten. 3. Ihre Zeitung trägt zur Völkerfreundschaft und zur Völkerverständigung überhaupt nichts bei. J. H. in Pfäffikon/ZH

Nur gerade zu Punkt 2: Wie wir den Nationalsozialismus bekämpfen würden, wenn er noch an der Macht wäre, so bekämpfen wir seine Nachfolger, die das Wort «Sozialismus» auf internationale Art missbrauchen. Vom deutschen Revanchismus sind wir allerdings ein Sprachrohr: dann nämlich, wenn wir sowjetzonale Presseberichte über das ostdeutsche totale Aufrüstung im Geiste des Nazimilitarismus, über die Hasskampagne im Stil Goebbels und über die neue Hitlerjugend (genannt FDJ) wiedergeben. Und was Völkerfreundschaft und Völkerverständigung anbetrifft: Waren Sie dafür, mit dem Tausendjährigen Reich Schmollis zu machen, als es noch an der Macht war, wie heute seine totalitären Erben? Red. KB

Curriculum der Woche

BORIS SERGEJEWITSCH PREOBRASCHENSKIJ

Inhaber des Lehrstuhls für Ohren-, Hals- und Nasenkrankheiten beim 2. Medizinischen Institut «N. I. Pirogow» in Moskau. Erhielt diesen Monat anlässlich seines 70. Geburtstages den Leninorden und zwei weitere Auszeichnungen.

Geboren am 5. Juli 1892. Studium an der medizinischen Fakultät der Universität Moskau. Im Ersten Weltkrieg Truppenarzt bei einer Artilleriedivision. Richtet darnach im Bezirksspital von Podolsk eine Spezialabteilung für Laryngologie ein. 1921 an die Klinik der 2. Moskauer Universität berufen, einige Jahre später zum Chefarzt ernannt. Hier beginnt er sich seiner Forschungstätigkeit zu widmen, die sich zunächst hauptsächlich auf Berufserkrankungen in seinem Spezialgebiet beziehen. Später kommen Untersuchungen über Taubstummheit, Ursachen von Gehörschwäche und andere Arbeiten hinzu. Entwickelt dann während des Zweiten Weltkrieges auch eigene chirurgische Methoden.

1958 als Professor an seine jetzige Arbeitsstätte berufen, im gleichen Jahr Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.